

A

Asyl

Das deutsche Wort Asyl kommt von dem griechischen Wort "asylaios", es bedeutet Zuflucht gewährend. Gewährt ein Land einem Menschen Asyl, bietet es ihm also Zuflucht. Menschen bitten in anderen Ländern um Asyl, weil sie in ihren Heimatländern verfolgt werden, zum Beispiel wegen ihrer Religion oder ihrer politischen Meinung. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Das heißt: Jeder Mensch hat das Recht dazu, ein anderes Land als sein Heimatland um Asyl zu bitten. Ob der anfragenden Person dann tatsächlich Asyl gewährt wird, also ob sie bleiben darf, ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Das richtet sich nach besonderen Bestimmungen, zum Beispiel nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Tatsächlich bekommt nur ein kleiner Anteil der Asylsuchenden Asyl gewährt. Passiert das nicht, werden sie abgeschoben, also aus dem Land gebracht.

Abgeordnete

Abgeordnete sind die gewählten Vertreter des Volkes. Sie gehören meistens einer bestimmten Partei an und werden von den Bürgern auf eine bestimmte Zeit gewählt. Sie entscheiden dann stellvertretend für das Volk, welche Politik gemacht wird. Abgeordnete arbeiten in einem Parlament, also zum Beispiel im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag.

Absolute Mehrheit

Eine absolute Mehrheit liegt dann vor, wenn eine Partei oder eine Person mehr als die Hälfte aller Stimmen einer Abstimmung oder Wahl bekommt.



B

Bundestag

Der Bundestag ist das höchste Parlament in Deutschland. Es wählt den Bundeskanzler, beschließt Gesetze, die das ganze Land betreffen, und entscheidet, wofür die Regierung Geld ausgeben darf. Sein Sitz ist im Berliner Reichstagsgebäude. Dem Bundestag gehören mindestens 598 Abgeordnete an. Zurzeit sind es 709.

Bundeskanzler

Der Bundeskanzler ist der Chef der Bundesregierung. Alle vier Jahre wählen die Bürger ihre Vertreter für das deutsche Parlament, den Bundestag. Dieser wiederum wählt dann mit absoluter Mehrheit den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Auf Vorschlag des Kanzlers oder der Kanzlerin werden dann die Minister ernannt. Der aktuelle Bundeskanzler Deutschlands ist seit 2021 Olaf Scholz.



C

Chancengleichheit

Die Chancengleichheit ist eines der obersten Ziele der Demokratie. Alle Menschen, die gemeinsam in einer Demokratie leben, sollen die gleichen Chancen haben, zum Beispiel im Beruf oder in der Schule. Damit soll verhindert werden, dass verschiedene Menschengruppen, etwa Frauen, Menschen mit Beeinträchtigung oder Menschen bestimmter Völker und Religionen, benachteiligt werden. Der Staat soll seinen Beitrag dazu leisten. Das kann er auf verschiedene Arten tun, etwa indem er Kinder unterstützt, deren Eltern weniger Geld verdienen. Der Staat bezahlt dann vielleicht ein Busticket, damit das Kind auch dann zur Schule fahren kann, wenn diese weiter entfernt ist.

D

Demokratie

Die Demokratie ist eine Staatsform, in der das Volk herrscht, meist durch seine Vertreter, die Abgeordneten. Andere Formen sind die Monarchie, in der ein König der Staatschef ist, oder die Diktatur, in der nur einer das Sagen hat. Ein Beispiel für eine Demokratie ist Deutschland.



E

Extremismus

Extrem kommt vom lateinischen Wort extremus, was der Äußerste heißt. In der Politik steht das Wort Extremismus daher für eine politische Einstellung, die sich dem äußersten Rand eines politischen Meinungsbereichs zuordnen lässt.

Dieser Meinungsbereich wird in Deutschland noch sehr oft in "rechts" und "links" unterteilt, man kann sich also am linken oder rechten Rand des Meinungsbereichs befinden. Diese Bezeichnungen reichen lange zurück, bis zur Zeit der Französischen Revolution im Jahr 1789. In der Nationalversammlung der Franzosen saßen damals die Politiker links, die wollten, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben sollten. Auf den rechten Plätzen saßen diejenigen, die lieber den französischen König behalten wollten und der Ansicht waren, unterschiedliche Menschen sollten auch unterschiedliche Rechte und Freiheiten haben.

In vielen der Parlamente, die danach gegründet wurden, setzte sich eine ähnliche Sitzordnung durch - auch in Deutschland. Und auch der Extremismus wird so unterteilt. Deshalb wird oft von "Linksextremismus" oder "Rechtsextremismus" gesprochen.

Oft stellen Extremisten sogar das ganze politische System eines Staates in Frage und sind bereit, sich mit Gewalt dagegen aufzulehnen. Rechtsextremisten etwa sind der Meinung, dass ihr eigenes Volk mehr wert sei als Menschen, die aus anderen Ländern stammen. Sie lehnen die Demokratie ab und wollen den Staat verändern. Oft sind sie auch gewalttätig.

Extremistische Gruppen können für die Demokratie gefährlich werden und manche davon werden vom Verfassungsschutz überwacht.



F

Fraktion

Fraktionen sind in der Politik eine Gruppe von Abgeordneten eines Parlaments. Die Abgeordneten haben ähnliche politische Meinungen und gehören meistens der gleichen Partei an, deshalb haben sie sich zusammengeschlossen. Manchmal, wenn Mitglieder von zwei verschiedenen Parteien ähnliche Meinungen haben, bilden sie eine Fraktionsgemeinschaft. Gemeinsam in einer Fraktion können die Politiker dann für ihre Anliegen eintreten.

Fünfprozenthürde

Parteien, die nicht mindestens fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen bekommen, dürfen keine Abgeordneten in den Bundestag schicken. Diese Regel soll verhindern, dass dort zu viele kleine Parteien vertreten sind, die sich dauernd streiten.



G

G7

G7 steht für „Gruppe der sieben“. Dazu gehören Deutschland, die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Diese Länder sind wirtschaftlich besonders stark. Ihre Staats- und Regierungschefs treffen sich jeden Sommer in einem der Mitgliedsländer, um über wichtige politische Themen zu sprechen. Vertreter der EU kommen zu den Treffen dazu. Die Gruppe wurde 1975 gegründet. Von 1998 bis 2013 hieß sie G8, weil Russland noch dabei war. Seit der russischen Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim wird Präsident Wladimir Putin aber nicht mehr eingeladen.

Gewaltenteilung

Recht sprechen, Gesetze erlassen und Gesetze ausführen: Diese drei Gewalten sind in demokratischen Staaten voneinander getrennt. Durch diese Aufteilung kann keine Gruppe innerhalb eines Staates zu viel Macht an sich ziehen. Gleichzeitig kontrollieren die drei Gewalten einander. Diese Einrichtungen teilen die Macht untereinander auf:

Legislative wird die gesetzgebende Gewalt genannt. Das ist in Deutschland der Bundestag. Er erlässt Gesetze.

Die Exekutive muss die Gesetze der Legislative ausführen. In Deutschland ist das die Bundesregierung. Sie wird auch ausführende Gewalt genannt.

Die Judikative ist die Recht sprechende Gewalt. Dazu gehören Gerichte und Staatsanwaltschaften.



G

Gesetz

Abgeordnete verabschieden, also beschließen, Gesetze. Das sind Vorschriften, wie gehandelt werden soll. Hält man sich nicht an ein Gesetz, wird man für gewöhnlich bestraft. Wie man bestraft wird, das steht meistens ebenfalls im Gesetz. Ein besonderes Gesetz ist eine Verfassung, darin stehen viele Regeln, was in einem Land erlaubt ist und was nicht. Gesetze werden immer von einem Parlament beschlossen. In Deutschland gibt es Gesetze, die für ganz Deutschland gelten, aber auch Gesetze, die nur für einzelne Bundesländer gelten.

Gipfel

Ein Gipfel ist nicht nur die Spitze eines Bergs, sondern auch eine Konferenz führender Politiker und Politikerinnen. Sie treffen sich meist in regelmäßigen Abständen, um über wichtige Themen zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Es gibt viele verschiedene Gipfeltreffen, je nachdem, welche Politiker zusammenkommen.

Beispiele für Gipfeltreffen: G7-Gipfel der G7-Staaten, G20-Gipfel der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Nato-Gipfel.



H

Hochrechnung

Eine Hochrechnung ist ein vorläufiges Zwischenergebnis einer Wahl. Nach einer Wahl dauert es ein paar Stunden, bis alle Stimmen ausgezählt sind. Zwischendurch wird aufgrund der schon ausgezählten Stimmen geschätzt, wie das Ergebnis sein könnte. Darüber wird am Wahlabend im Fernsehen berichtet.

Haushalt

Wofür die Landesregierung innerhalb eines Jahres Geld ausgeben darf, wird im Haushalt festgeschrieben. Und zwar im sogenannten Staatshaushalt. Aber auch das Land Deutschland hat einen Haushalt, den Bundeshaushalt. Er regelt alle Einnahmen und Ausgaben Deutschlands.

I

Ideologie

Das Wort Ideologie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Lehre von den Ideen“. Eine Ideologie ist eine Weltanschauung. In der Politik steht der Begriff oft für eine bestimmte Vorstellung, wie Politik und Gesellschaft eines Staates richtig organisiert werden sollen. Menschen, die diese Vorstellung stark verteidigen und dafür kämpfen, nennt man Ideologen. Aber auch ein Staat kann ideologisch handeln, wenn der Chef des Staates die Gesellschaft nach seinen Ansichten gestaltet und keine anderen Vorstellungen zulässt. Ein Beispiel dafür ist der Nationalsozialismus. Alle Menschen mussten sich der Ideologie der Nationalsozialisten unterordnen. Wer sich dagegen auflehnte, wurde bestraft.



J

Jugendschutzgesetz

Kinder und Jugendliche brauchen besonders viel Schutz. Das Jugendschutzgesetz soll Kinder und Jugendliche vor Gefahren schützen. Es besagt, was Kinder dürfen und was nicht und verleiht ihnen außerdem besondere Rechte. So steht zum Beispiel im Jugendschutzgesetz, dass alle unter 18 Jahren keinen Alkohol und Zigaretten kaufen und trinken beziehungsweise rauchen dürfen. Das Gesetz ist sehr wichtig und wird deshalb oft von den Politikern erweitert und verändert.



K

Koalition

Selten erreicht eine einzige Partei bei Wahlen so viele Stimmen, dass sie im **Bundestag** mehr als die Hälfte aller **Abgeordneten** stellen kann. Die Partei mit den meisten Abgeordneten braucht dann Partner, mit denen sie gemeinsam eine Mehrheit schafft, die nötig ist, um zu regieren. Solche Bündnisse heißen Koalition. Wenn die beiden größten Parteien (CDU/ CSU und SPD) zusammen regieren, ist es eine große Koalition. Andere Koalitionen werden nach den Symbolfarben der beteiligten Parteien benannt (z.B. Rot-Grün). In Koalitionen können die Parteien nicht alle ihre Ziele durchsetzen. Sie müssen sich auf Kompromisse einigen.

Kolonialismus

Das Wort Kolonialismus bedeutet, dass ein Land Gebiete in einem anderen Land erobert. Obwohl dort bereits Menschen leben. Die Eroberer übernehmen dann die Herrschaft über die bisherigen Einwohner. Das eroberte Gebiet nennt man Kolonie. Kolonien gab es auch schon bei den alten Römern und Griechen, also vor mehr als 2000 Jahren. Aber heute meint man mit „Kolonialismus“ eine ganz bestimmte Zeit: Um das Jahr 1500 herum begannen mehrere europäische Länder damit, andere Teile der Erde zu erobern, vor allem in Amerika, Asien und Afrika. Zu den größten sogenannten Kolonialmächten gehörten Großbritannien, Spanien, Portugal, Frankreich und die Niederlande. Auch Deutschland hatte Kolonien. Die Kolonialmächte wollten durch die Eroberung anderer Länder ihren Einfluss und ihre Macht in der Welt vergrößern. Sie verdienten viel Geld mit dem Verkauf von kostbaren Rohstoffen aus den Kolonien wie Gold, Diamanten und Gewürze. Die Einheimischen wurden unterdrückt. Sie mussten für die Eroberer arbeiten, wurden versklavt, in andere Länder verkauft, vertrieben oder ermordet. Sie mussten die Sprache, Religion und Lebensweise der Kolonialmächte annehmen und hatten keine Rechte mehr.



K

Konservativ

Das Wort konservativ kommt von dem lateinischen Wort „conservare“, das heißt bewahren. In der Politik bedeutet konservativ, dass man nicht immer nur moderne Dinge für richtig hält, sondern das verteidigt, was man gewöhnt ist oder was sich als gut erwiesen hat. Vor allem in der CDU/CSU gibt es konservative Politiker.

Kommunismus

Kommunismus nennt sich der Traum von einer Welt ohne Ungerechtigkeit, ohne Chefs, ohne Geld und ohne Staat ganz ähnlich, wie sich das die Anhänger des Sozialismus erträumten. Alles soll allen gehören und jeder nur so viel arbeiten, wie es ihm gefällt. In Russland sollte dieser Traum vor 100 Jahren Wirklichkeit werden. Doch es wurde ein Albtraum: Der Staat ist nicht verschwunden, er hat die Menschen noch mehr bevormundet. Die Chefs erlaubten keine Kritik. Das Geld war nichts wert. Über Ungerechtigkeit durfte sich niemand beschweren. Nach 80 Jahren hatten die Leute davon genug.



L

Landtag

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Baden-Württemberg ist eines davon. Jedes Bundesland hat einen Landtag. Er ist das Parlament, also die Volksvertretung, des Bundeslandes.

Liberal

Liberal ist abgeleitet von dem lateinischen Wort „liber“, was frei, unbeschränkt und selbstständig bedeutet. Für Liberale ist die Freiheit das Wichtigste. Sie wollen, dass der Staat den Bürgern möglichst viel Freiheit lässt, sie nicht durch zu viele Vorschriften oder Verbote einschränkt. Liberale haben schon vor 200 Jahren dafür gekämpft, dass wir nicht mehr von einem König, einem Fürsten oder Kaiser beherrscht werden, sondern unsere Regierung selbst wählen dürfen.



M

Minister

Ein Minister ist ein Mitarbeiter der Regierung. Er ist für ein bestimmtes Thema zuständig, zum Beispiel für Geld (Finanzen) oder die Bundeswehr (Verteidigung). Derzeit gibt es 14 Bundesminister. Sie werden alle fünf Jahre vom Bundeskanzler vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt. Ihre Amtszeit endet, wenn die Amtszeit des Bundeskanzlers endet, der sie vorgeschlagen hat. Auch in den einzelnen Bundesländern gibt es Minister.

Ministerpräsident

Der Chef der Landesregierung ist der Ministerpräsident. Er wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern vom Landtag. Aber bereits im Wahlkampf ist klar, welche Partei welchen Kandidaten wählen wird. Bei der Landtagswahl 2021 haben die Grünen gewonnen, deshalb bleibt Winfried Kretschmann Ministerpräsident.



N

Nato

Nato ist eine Abkürzung für den englischen Begriff "North Atlantic Treaty Organization", auf Deutsch "Nordatlantikpakt".

Die Nato ist ein Verbund aus verschiedenen Ländern. Sie wurde kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA, Kanada und zehn europäischen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich und Italien, gegründet. Heute hat die Nato 30 Mitgliedsstaaten. Diese Länder haben sich zusammengeschlossen, um sich gegenseitig politisch und militärisch zu helfen. Als die Nato gegründet wurde, stand die Welt kurz vor einem neuen Krieg. Damit es dazu nicht kommt, wollten die Nato-Staaten zusammenarbeiten. Außerdem haben sie sich versprochen, sich zu helfen, wenn eines der Länder angegriffen wird.

In der heutigen Zeit ist das oberste Ziel der Nato, sich für Frieden und Freiheit in der Welt einzusetzen

O

Opposition

Bei einer Wahl gibt es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Die Parteien, die nicht die Regierung stellen, werden Opposition genannt.



P

Populismus

Populismus bedeutet wörtlich eine Politik, die sich nach dem Volk (lateinisch: „populus“) richtet. Das versprechen in einer Demokratie aber alle Parteien. Populisten behaupten, sie vertreten „den Mann auf der Straße“ – also die einfachen Menschen. Ihr Feindbild sind die Parteien, die für die Regierung verantwortlich sind. Populisten behaupten, es gebe in politischen Streitfragen immer nur eine richtige Lösung. Sie lehnen Kompromisse ab.

Parlament

Ein Parlament ist die Versammlung der Vertreter des Volkes. Das höchste Parlament in Deutschland ist der Bundestag. In den Bundesländern gibt es Parlamente, die dort Landtag (Baden-Württemberg), Abgeordnetenhaus (Berlin) oder Bürgerschaft (Hamburg und Bremen) heißen. Die Mitglieder der Parlamente genießen Immunität: Das bedeutet, sie dürfen nicht verhaftet oder vor Gericht gestellt werden – es sei denn, die Mehrheit ihrer Kollegen stimmt dem zu.

Partei

Eine Partei ist eine Vereinigung, die für gemeinsame politische Ziele eintritt und danach strebt, Macht auszuüben. Je mehr Stimmen eine Partei bei Wahlen gewinnt, desto mehr Einfluss hat sie sie später im Parlament.



Q

Quorum

Das Wort „Quorum“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „von denen“. In der Politik meint man damit, dass bei einer Abstimmung eine genau festgelegte Zahl von Stimmen oder Abstimmenden nötig ist, damit die Abstimmung gültig ist. Ein Beispiel ist der Deutsche Bundestag. Hier ist das Quorum, dass nur dann Entscheidungen getroffen werden, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Wird diese Anzahl nicht erreicht, ist die Abstimmung nicht gültig. So soll verhindert werden, dass eine kleine Anzahl von Leuten mit einer Mehrheit entscheiden, was für eine große Anzahl an Menschen gelten soll.



R

Relative Mehrheit

Wenn bei einer Abstimmung oder Wahl niemand mehr als die Hälfte der Stimmen bekommt, gewinnt der Kandidat oder Vorschlag, auf den die meisten Stimmen entfallen. Beispiel: Bei 100 Stimmen bekommt Vorschlag A 45 Stimmen, Vorschlag B 35 und Vorschlag C 20 Stimmen. 45 Stimmen sind die relative Mehrheit, aber nicht die absolute Mehrheit. Die absolute wäre mit 51 Stimmen erreicht.

Regierung

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg bringt Vorschläge für Gesetze in den Landtag ein und sorgt dafür, dass die verabschiedeten Gesetze auch umgesetzt werden. Wenn im Parlament entschieden wird, dass alle Schüler erst wieder nach neun Jahren auf dem Gymnasium Abitur machen sollen, lässt die Regierung das Gesetz Wirklichkeit werden.



S

Sozialismus

Es gab schon immer Menschen, die von einer gerechteren Welt träumen. Die Gemeinschaft erscheint ihnen wichtiger als der Erfolg des Einzelnen. Keiner soll mehr als der andere besitzen. Sie nennen sich Sozialisten. Als Hitlers Reich 1945 untergegangen war, sollte der Sozialismus im Osten Deutschlands Wirklichkeit werden. Dieses angeblich sozialistische Land hieß DDR (Deutsche Demokratische Republik). Der Sozialismus dort war bald so unbeliebt, dass die DDR sich einmauern musste, damit ihr die Bürger nicht davonliefen. Wer sich beschwerte oder nicht tun wollte, was die Sozialisten von ihm verlangten, kam ins Gefängnis. 1989 ging die DDR pleite.

Sitzverteilung

Durch die Wahl wird darüber entschieden, welche Partei wie viele Sitze im Parlament bekommt. Das wird anhand der Prozentzahl errechnet, die die Partei erreicht hat.

T

Terrorismus

Das Wort „Terror“ kommt aus der lateinischen Sprache und bedeutet „Schrecken“. Terrorismus ist also die Verbreitung von Schrecken. Sogenannten Terroristen ist dafür jedes Mittel recht, sie üben Gewalt aus und verüben Anschläge auf Städte, Länder oder bestimmte Orte. Bei ihren Aktionen kommen oft viele unschuldige Menschen ums Leben. Meistens behaupten die Terroristen dann, dass dieser Schrecken notwendig sei, um die anderen Menschen auf ihre politischen oder religiösen Ziele aufmerksam zu machen und ihren Willen durchzusetzen.



U

Ungültiger Stimmzettel

Gewählt wird mit Hilfe eines Stimmzettels. Darauf können die Wähler Kreuzchen machen. Bei der Bundestagswahl sind das zum Beispiel zwei Kreuzchen.

Ein Stimmzettel kann allerdings für ungültig erklärt werden. Das kann mehrere Gründe haben. Es muss erkennbar sein, wo das Kreuzchen platziert wurde, darf also nicht außerhalb des Kreises gemalt werden. Außerdem darf man nicht mehr Kreuze machen, als vorgesehen. Auch nette Herzchen und Smilies oder ein Gruß an die Wahlveranstalter sind nicht erlaubt. Übrigens: Auch ein Selfie von der Wahl kann gefährlich werden. Kann man auf dem Bild nämlich zu viel vom Stimmzettel sehen, verstößt du mit dem Foto gegen das Wahlgeheimnis. Auch dann kann der Stimmzettel für ungültig erklärt werden.

V

Verfassung

Vielleicht hast Du schon mal „Mensch ärgere Dich nicht“ gespielt. Damit Du weißt, wie man das Spiel spielt, gibt es Regeln. Die Verfassung ist das Regelwerk eines Staates. Dort steht also geschrieben, wie der Staat funktionieren soll. Sie beschreibt, welche Organe es gibt und was sie tun sollen und dürfen, vor allem die Regierung und das Parlament. In Deutschland wird die Verfassung auch Grundgesetz genannt.



W

Wahlsystem

Das Wahlsystem legt die Regeln fest, nach denen eine Wahl durchgeführt wird. Bei verschiedenen Wahlen gibt es oft auch verschiedene Wahlsysteme.

Bei der Bundestagswahl werden die Abgeordneten gewählt. Laut Wahlsystem haben bei dieser Wahl alle Wähler zwei Stimmen. Sie erhalten einen Wahlschein, auf dem sie zwei Kreuze machen können. Mit dem ersten Kreuzchen, der sogenannten Erststimme, entscheiden die Wähler, welche Person aus ihrem Wahlgebiet in den Bundestag als Abgeordnete kommen soll. Mit dem zweiten Kreuzchen, der Zweitstimme, wählen sie eine Partei. Diese Stimme bestimmt dann, wie viele Abgeordnete eine Partei später in den Bundestag senden darf.

X

Xenophobie

Xenophobie kommt aus dem Griechischen und bedeutet "Furcht vor dem Fremdem", es bedeutet also Fremdenfeindlichkeit.

Fremdenfeindlichkeit bedeutet, dass jemand Menschen ablehnt, die aus anderen Ländern und Kulturen kommen. Auch Menschen, die selbst in Deutschland geboren wurden, aber deren Eltern oder Großeltern aus einem anderen Land stammen, werden womöglich ausgeschlossen. Manche Menschen werden zum Beispiel auch wegen ihrer Religion ausgegrenzt. Meistens nennen fremdenfeindliche Menschen die angeblichen Unterschiede als Grund für ihre Ablehnung.



Y

Y als Autokennzeichen

Vielleicht bist du schon einmal mit deinen Eltern auf der Autobahn hinter einem bulligen, grünen Fahrzeug mit riesigen Reifen hergefahren - einem Militärfahrzeug. Die Autos des deutschen Militärs, der Bundeswehr, tragen auf dem Kennzeichen ein Y. Doch wofür steht dieser Buchstabe? Als die Bundeswehr gegründet wurde, haben sie viele Autos gekauft. Aber alle Kennzeichen, die für Bundeswehr stehen könnten, waren schon anderweitig vergeben (zum Beispiel das B - das steht nämlich für Berlin). Nur X und Y waren noch frei, da keine größeren deutschen Städte mit diesen Buchstaben anfangen. Die Wahl fiel auf das Y.

Z

Zensur

"Zensur" kommt von dem lateinischen Wort "censura" und bedeutet in etwa Beurteilung. Deshalb kommt dir das Wort "Zensur" vielleicht sogar bekannt vor. In der Schule wird er manchmal als anderes Wort für "Schulnote" genutzt. In der Politik steht das Wort Zensur meistens für die Einschränkung der Medien. Die Medien haben in einer Demokratie eine wichtige Funktion. Sie informieren die Bürger, damit diese an der Politik teilhaben können. Dabei sind sie immer unabhängig und sollten nie nur die Meinung einer Partei wiedergeben. Zensur findet statt, wenn die Medien nicht unabhängig berichten können, weil jemand ihre Artikel vor der Veröffentlichung überprüft und Teile wegnimmt oder verändert, die dieser Person nicht gefallen.

